



Fraktion GUE/NGL
Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE.
ASP 6 F 154
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
D-10557 Berlin

Brüssel, 12. Juni 2012

Gegen Sanktionen in der EU-Fördermittelpolitik

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

zurzeit wird im Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union das Gesetzespaket zur Reform der EU-Fördermittelpolitik bzw. Kohäsionspolitik diskutiert.

In diesem Zusammenhang gibt es den Vorschlag, eine makroökonomische Konditionalität einzuführen, die bedeuten würde, dass EU-Fördermittel für Regionen reduziert oder gar gestrichen werden, wenn der entsprechende Mitgliedstaat die Verschuldungskriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht einhält.

Ihre Regierung gehört zu der Gruppe von Regierungen, die diesen Vorschlag in den Ratsverhandlungen vorantreibt: Österreich, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande und Schweden.

Wenn dieser Sanktionsmechanismus der makroökonomischen Konditionalität Teil der Verordnung zur Reform der Kohäsionspolitik wird, bedeutet das für die Menschen und Regionen in der EU eine Kürzung europäischer Fördermittel. Und dies, obwohl die EU ein Investitionsprogramm nach dem Vorbild des Marshallplans insbesondere

für Südeuropa braucht, das den sozial-ökologischen Umbau befördert und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit abbauen hilft.

Die europäischen Fördermittel, die im Rahmen der Kohäsionspolitik zur Verfügung gestellt werden, können für kleine und mittlere Unternehmen eingesetzt werden, für den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung, für Beschäftigungsmaßnahmen, für den Kampf gegen den Klimawandel, und für Projekte im Bereich Verkehr und Energie.

In seiner Resolution vom 8. Juni 2011 sprach sich das Europäische Parlament gegen die Einführung der makroökonomischen Konditionalität aus. Der Europäische Gewerkschaftsbund und der Ausschuss der Regionen sind ebenfalls gegen Ihre Pläne Sturm gelaufen.

Wir fordern Sie und Ihre Regierung dazu auf, unverzüglich Ihre Verhandlungsposition zu ändern und von dem geplanten Sanktionsmechanismus Abstand zu nehmen. Ein solcher Sanktionsmechanismus wäre kontraproduktiv und würde die notwendige Entwicklung von Regionen behindern. Er widerspricht dem Grundgedanken der Kohäsionspolitik, die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Die Kohäsionspolitik darf nicht als Sanktionsinstrument zur weiteren Verschärfung der Austeritätspolitik, unter der bereits jetzt viele Menschen in Europa zu leiden haben, missbraucht werden.

Wir erwarten Ihre baldige Antwort auf unseren Brief.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlaments

Jürgen Klute, Mitglied des Europäischen Parlaments

Gabi Zimmer, Mitglied des Europäischen Parlaments

Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments

Lothar Bisky, Mitglied des Europäischen Parlaments

Thomas Händel, Mitglied des Europäischen Parlaments

Sabine Lösing, Mitglied des Europäischen Parlaments

Sabine Wils, Mitglied des Europäischen Parlaments